

China hat seinen wichtigsten Verbündeten in der EU gewählt

19 Apr. 2026 08:58 Uhr

Peking machte bei dem Empfang des spanischen Regierungschefs Pedro Sánchez deutlich, dass es große Pläne für Spanien hat. Auch Sánchez hat Pläne für China: Er möchte, dass das Land den USA in Fragen von Krieg und Frieden global die Stirn bietet.



© Urheberrechtlich geschützt

Der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez bei einem Treffen mit Xi Jinping, dem Präsidenten der Volksrepublik China.

Von Dmitri Bawyrin

Der Besuch des spanischen Ministerpräsidenten Pedro Sánchez in China ist formal gesehen ein Routinetermin, inhaltlich jedoch ein historisches Ereignis. Zumindest haben sich beide Seiten bemüht, dies so zu gestalten.

Vor allem der Spanier Sánchez hat sich bemüht, und zwar schon bevor er nach Peking flog. Und zwar rief er die Führung der Volksrepublik China auf, Verantwortung für das Schicksal der Welt zu übernehmen – für die Beendigung von Kriegen überall, für die Nichtverbreitung von Atomwaffen und für die Bekämpfung der globalen Erwärmung. Mit anderen Worten rief er die Chinesen dazu auf, weltweit ihre Macht zu nutzen.

Das ist eine Revolte. Wie sonst soll man eine Situation bezeichnen, in der ein NATO-Land einem strategischen Gegner die Rolle des Hegemons anbietet, während diese Rolle aufseiten des Westens von den USA gespielt wird? "Nieder mit den Vereinigten Staaten von Amerika, es lebe die Volksrepublik

China" – so lässt sich das Geschehen in der Sprache der Plakate beschreiben. In Washington wird man das auch so und nicht anders auffassen.

Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping nahm seinerseits den Vorschlag prinzipiell an – wenn auch ohne konkrete Details. Es wurde eine Vertiefung der "spanisch-chinesischen Partnerschaft als Instrument zur Stabilisierung der Weltordnung" angekündigt, was äußerst weit gefasst ausgelegt werden kann.

Außerdem stimmte Xi den Worten von Sánchez zu, dass derzeit "die beste Phase der bilateralen Beziehungen in der Geschichte" herrsche. Er stellte fest, dass "die Welt im Chaos versinkt", und bot seinem Gast an, als Hauptvermittler im Dialog zwischen der Volksrepublik China und der EU zu fungieren.

Danach fehlte nur noch eine Szene, in der der spanische Regierungschef mit einer Sonderrolle gekrönt wird. Sánchez ist der ideologisch am weitesten linksgerichtete Staatschef in der EU und hat sicherlich sogar Marx gelesen, was dazu beitrug, dass er in China einen besonderen Status erhielt.

Früher genoss der französische Präsident Emmanuel Macron einen solchen Status. Für ihn, wie jetzt für Sánchez, rollte man in China den roten Teppich aus und bereitete ein Festmahl vor. Macrons, nicht die des Spaniers: Verhandlungen mit den Spitzenpolitikern der Volksrepublik China wurden früher von kühnen Erklärungen begleitet, dass Europa seinen eigenen Kopf behalten und die Zusammenarbeit mit den Chinesen nicht aufgeben dürfe, nur weil Washington dies verlange.

In Peking glaubte man diesem Mann noch bis vor zwei Jahren, obwohl bei Macron schon in seiner ersten Amtszeit alles deutlich wurde: Hinter den hochfliegenden Versprechungen, der kalkulierten Rebellion gegen den US-Hegemon und dem Trubel um ihn herum standen selten konkrete Taten, aber das ist bei weitem nicht der einzige Grund, warum man dem französischen Staatschef kein Wort glauben darf. Es gibt Tausende davon.

Im Frühjahr 2026 ist Macron schon der unbeliebteste Präsident in der Geschichte Frankreichs (buchstäblich der schlechteste) und eine "lahme Ente", die ihr letztes Amtsjahr in der Verachtung des Volkes absitzt. Sánchez hingegen hat zur selben Zeit bewiesen, dass er kein Schwächling ist und Washington mit Taten die Stirn bieten kann.

So hat er beispielsweise nicht nur den Angriff auf Iran kategorisch, schärfer und früher als alle anderen in der EU verurteilt, sondern den US-Amerikanern auch die Nutzung gemeinsamer Stützpunkte auf spanischem Territorium verweigert, trotz des Drucks des NATO-Sekretariats. Auch im Fall der Verpflichtungen zum Militärhaushalt und der dazugehörigen Infrastruktur – mindestens 5 Prozent des BIP auszugeben – hat Sánchez den Druck ignoriert. Spanien sei bereit, nur knapp über zwei Prozent auszugeben, was keine vorübergehende Sparmaßnahme, sondern eine Grundsatzposition darstelle.

Für all das versprach Trump, Madrid zu bestrafen, und der zu diesem Zeitpunkt daneben sitzende deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz pflichtete ihm mit der für ihn typischen Eleganz eines alten Knackers bei. Im Rahmen der Konfrontation mit dem neuen Militarismus geriet Sánchez unter anderem mit Deutschland aneinander, das als Vorreiter einer antichinesischen Politik und einer Wirtschaft nach dem Motto "Kanonen statt Butter" auftritt.

Macron schwimmt in derselben Situation einfach im globalistischen Strom mit, möchte aber unbedingt, dass man bemerkt, wie schön und elegant er schwimmt.

Der Fairness halber muss man jedoch sagen, dass persönliche Eigenschaften hier nicht so wichtig sind, obwohl Sánchez ein talentierterer und flexiblerer Politiker als Macron ist – und erst recht als Merz –, wichtiger ist der Unterschied zwischen den Ländern.

Deutschland hat ein eigenes wirtschaftliches Interesse – es setzt auf die Entwicklung von Rüstungsunternehmen (deren Produkte man ohne Widerstand innerhalb der NATO ohnehin nicht an China verkaufen kann). Im zivilen Sektor hingegen sind Waren aus der Volksrepublik China, insbesondere Hightech-Produkte, oft Konkurrenten deutscher Unternehmen, weshalb Berlin kein Interesse an der Aufhebung von Handelsbarrieren und einem Anstieg importierter Waren aus China hat.

In Spanien ist der Anteil der Rüstungsindustrie gering, und das Land möchte günstigere chinesische Technologien kaufen (unter anderem im Bereich der erneuerbaren Energien; dies war eines der Ziele des Besuchs von Sánchez). Und nach China exportiert Spanien gerade Öl (Olivenöl) sowie Wein, Schweinefleisch, Medikamente, Erze und mineralische Rohstoffe, weshalb die Barrieren den Spaniern im Weg stehen.

Die Franzosen nehmen in allem eine Zwischenstellung ein – sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft –, aber sie lieben es, wenn ihr Staatschef auf der internationalen Bühne aktiv in Erscheinung tritt, was auf ihre imperiale Nostalgie zurückzuführen ist. Bei den Spaniern ist dies weniger ausgeprägt, obwohl auch sie einst die Meere beherrschten. Für sie ist die Präsenz in Lateinamerika bis heute wichtig.

Dafür haben sie das anti-US-amerikanischste Land in der EU, wenn man den Umfragen glaubt. Diesen zufolge sehen mehr als die Hälfte der Spanier die USA als Bedrohung an.

Außerdem ist bei ihnen die Erinnerung an die Terroranschläge als Folge der Beteiligung am US-amerikanischen Abenteuer im Irak noch stark, und sie stehen den bewaffneten Interventionen dort sehr kritisch gegenüber. In gewisser Weise ist Sánchez also ein bodenständiger Spanier. Es fällt ihm leichter, den Dogmen der USA und der NATO entgegenzutreten, weil das Volk ihn dabei sicher unterstützen wird.

Derzeit ist Spanien nicht nur Pekings Vertrauter in der EU, sondern auch die größte interne Bedrohung für die Existenz des Nordatlantischen Bündnisses, das zum Trotz des gesamten Westens Rekorde beim Kauf von russischem Gas aufstellt.

Mal sehen, was dabei herauskommt. Mit Macron ist den Chinesen zwar nichts Vernünftiges gelungen. Aus russischer Sicht ist von Sánchez jedoch auch nichts Vernünftiges – im Sinne von etwas Konstruktivem – zu erwarten. Er bringt bloß das NATO-Schiff, das noch unter US-amerikanischer Flagge segelt, wunderbar ins Wanken und treibt einen weiteren Keil zwischen die Beziehungen der USA und der EU (und gleichzeitig auch innerhalb der EU selbst) in einer für sie äußerst schwierigen Zeit, in der alle um sie herum nur vom Tod des politischen Westens sprechen. In Peking zeigt man sich damit zufrieden.

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Der Artikel ist zuerst am 16. April 2026 auf der Webseite der Zeitung "Wsgljad" erschienen.

Dmitri Bawyrin ist Journalist, Publizist und Politologe mit den Interessenschwerpunkten USA, Balkan und nicht anerkannte Staaten. Er arbeitete fast 20 Jahre als politischer Berater in russischen Wahlkampagnen auf verschiedenen Ebenen. Bawyrin verfasst Kommentare für die russischen Medien "Wsgljad", "RIA Nowosti" sowie "Regnum" und arbeitet mit zahlreichen Medien zusammen.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln